

„Wir brauchen eine Dritte Industrielle Revolution!“

Der Staat muss als Pionier handeln

Interview mit Matthias Machnig



Foto: Thomas Willemsen

□ Industriepolitik und Klimawandel

spw: Alle Welt spricht vom Klimawandel. Wir sprechen von moderner Industriepolitik. Wie passt das zusammen?

„**Matthias Machnig:** Wir brauchen eine ökonomische Antwort auf die ökologische Herausforderung. Das ist eine Schlüsselfrage für die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte. Der Klimawandel erfordert einen erheblichen ökonomischen Strukturwandel unserer Volkswirtschaft. Wenn wir zum Beispiel unsere Treibhausgase bis 2020 um 40 % unter das Niveau von 1990 reduzieren wollen, bedeutet dies von 2012 bis 2020, d.h. in nur acht Jahren, unsere Emissionen um 19% zu reduzieren. Denn bislang lautet unsere Verpflichtung nach dem Kyoto-Protokoll bis zum Jahre 2012 um 21% gegenüber 1990 zu reduzieren, d.h. eine Anstrengung ähnlicher Größenordnung innerhalb von 22 Jahren. Das ist der tiefgreifendste Wandel, den unsere moderne Industriegesellschaft bewältigen muss. Darauf braucht sie wirtschaftspolitische, technologische und innovative Antworten. Und sie braucht einen starken Staat, der klare Regeln vorgibt und diese Veränderungen im Sinne einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung vorantreibt.“

□ Wir brauchen eine dritte industrielle Revolution

spw: Experten sagen ein Wachstum der Weltwirtschaft bis 2030 auf das Doppelte voraus. Ist das – im globalen Maßstab – sinnvoll? Manche sagen, wir müssten eher auf die Wachstumsbremse treten.

„**Matthias Machnig:** Es ist klar, dass die jetzige Phase die intensivste und schnellste Wachstumsphase ist, die diese Welt jemals erlebt hat. 3-4% Wachstum pro Jahr werden global für die nächsten Jahre und Jahrzehnte prognostiziert. Das ist noch gekoppelt mit einer Zunahme der Weltbevölkerung bis 2050 auf 9 Milliarden Menschen und dem Umstand, dass davon mehr als doppelt so viele Menschen wie heute – nämlich mehr als 4 Milliarden – in Industriegesellschaften leben werden. Das ist die Herausforderung. Diese Trends werden nicht zu stoppen sein. Länder wie Indien und China werden sagen, ohne wirtschaftliches Wachstum wird es bei uns keine soziale Entwicklung geben können. Deshalb brauchen wir – im globalen Maßstab – eine dritte industrielle Revolution in deren Zentrum Energie und Ressourceneffizienz steht. Wenn uns das gelingt, dann ist auch wirtschaftliches und demografisches Wachstum weiterhin möglich. Deswegen brauchen wir eine Orientierung auf eine Innovationspolitik und Wirtschaftspolitik, die die einzelnen Elemente zusammenbindet, um auch in Zukunft große Länder wie Indien, China oder Brasilien darauf verpflichten zu können, sich an den Vereinbarungen auf internationaler Ebene etwa zur Emissionsreduktion zu beteiligen.“

Wir dürfen diese Länder nicht vor die Alternative stellen „Wachstum oder Klimawandel“, sondern müssen ihnen klar machen – und da hat Europa eine Vorbildfunktion – dass Wachstum und Klimawandel zusammen gehören. Europa kann und muss hier Brücken bauen. Wir müssen ihnen beweisen, dass ein solcher Paradigmenwechsel funktioniert. Und wir müssen ihnen über Technologietransfers und Kooperationen helfen, dass sie nicht den gleichen Industrialisierungspfad gehen müssen wie wir, der zu den aktuellen klimatischen Verwerfungen führt.

□ Grüne Wachstumsmärkte

spw: Das Umweltministerium hat eine Studie über die Perspektiven einer ökologischen Industriepolitik in Auftrag gegeben. Welche Wachstumfelder werden dort beschrieben? Wie werden die Beschäftigungswirkungen eingeschätzt?

„**Matthias Machnig:** Wir haben eine Studie erstellen lassen, es gibt auch einen Umwelttechnologieatlas für Deutschland und wir haben die Wachstumsimpulse weltweit messen lassen. Das Ergebnis war: Wir haben schon heute ein Marktvolumen von tausend Milliarden Euro weltweit auf den grünen Märkten. Bis 2020 wird sich dieses Marktvolumen auf 2000 Milliarden verdoppeln. Deutschland hat daran mittlerweile einen Anteil zwischen 18 und 21 % und diese Märkte wachsen im zweistelligen Bereich. Wir haben in den letzten drei Jahren auf diesen Märkten auch bei uns zweistellige Wachstumsraten, nämlich jährlich um 15 %, was die Zahl der Arbeitsplätze angeht.

spw: Was sind die Leitmärkte und Schlüsselbranchen?

„**Matthias Machnig:** Das ist einmal der Bereich der Energietechniken. Da geht es zum einen natürlich erstmal um die Erneuerbaren Energien wie Windenergie, Geothermie, Photovoltaik. Aber es geht vor allem auch um eine Effizienzsteigerung im Bereich der klassischen, fossilen

Energien wie etwa Kohle. Unser Ziel muss darüber hinaus sein, CO₂-arme Kohlekraftwerke zu entwickeln, die dann im Energiemix auch eine Rolle spielen.

Der zweite wichtige Leitmarkt ist der der Effizienztechnologie. Wie gelingt es uns in den nächsten Jahren, die Energienutzung etwa in den Verbrauchsgütern – etwa bei Kühlschränken oder Unterhaltungselektronik – effizienter zu gestalten? Wir wollen daher auch in Deutschland etwas einführen, was es beispielsweise in Japan mit Erfolg gibt – nämlich ein so genanntes „Top-Runner“-Modell. Das Top-Runner-Modell sieht vor, dass die heute energieeffizientesten Produkte in fünf oder sechs Jahren zum Standard aller Produkte in diesem Segment werden. Das ist ein Prinzip, das wir durchsetzen wollen, das wäre ein revolvierendes Innovationssystem.

Der dritte Bereich bezieht sich auf die Ressourceneffizienz. Wie können wir mit geringerem Ressourceneinsatz trotzdem eine hohe Wertschöpfung erzielen, und wie können wir vor allen Dingen auch Produkte entwickeln, die über ihre Nutzungsdauer einen geringeren Einsatz vorhandener und endlicher Ressourcen ermöglichen? Um ein Beispiel aus der verarbeitenden Industrie zu bringen: Mehr als 50 % aller Kosten resultieren aus dem Einsatz von Ressourcen und Energie. In der öffentlichen Debatte geht es aber immer nur um Lohn- und Lohnnebenkosten. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, auch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, den Ressourcen- und Energieverbrauch in den industriellen Produktionsprozessen zu reduzieren.

Zum vierten: Moderne Industriegesellschaften produzieren Abfälle. Diese Branche ist eine Schlüsselbranche, da wir hier beispielsweise Ressourcen zurück gewinnen können aus der industriellen Produktion und dort dann auch wieder einsetzen können. Deutschland hat bei den Recyclingtechnologien einen Weltmarktanteil von 30%. Das ist eine gute Ausgangsvoraussetzung.

Der fünfte Bereich, den ich ansprechen will, ist der einer nachhaltigen Mobilität. Es geht darum,

Mobilitätsstandards zu definieren unter der Perspektive des oben angesprochenen Wachstums. Wie können wir vor diesem Hintergrund Mobilität ermöglichen, ohne weiter Treibhausgase zu verursachen und das Klima weiter zu schädigen? Deshalb wollen wir in Europa ganz ehrgeizige Standards definieren. Das Ziel heißt, ab 2012 für die Fahrzeuge max. 120 g CO₂/km. Und dann wird der Weg weiter gehen in Richtung 100 g. Das ist eine deutliche Reduktionspolitik.

Der sechste Punkte: Neue Verfahren und Produkte. Der wichtigste Punkt für eine nachhaltige Mobilität wird etwa sein, dass wir neue Bio-Treibstoffe entwickeln. Wir haben uns gerade mit Herrn Seehofer und dem Verband der Automobilindustrie (VDA) darauf verständigt, bis 2020 in Deutschland einen Verbrauchsanteil von 20% Biokraftstoffe zu realisieren. Das wird ein wichtiger Punkt sein, um nachhaltige Mobilität überhaupt zu ermöglichen. Außerdem wollen wir ja sowohl in Deutschland als auch in Europa bis 2020 erreichen, dass wir etwa 20% unseres gesamten Primärenergieverbrauchs aus nachwachsenden Energieträgern decken können.

Alles in allem kommt die Studie zu einem Schluss: die Entwicklungs- und Wachstumspotenziale sind enorm. Deutschland muss aber an einer Stelle aufpassen: Wir sind gut aufgestellt in einigen Bereichen, die ich genannt habe. Allerdings sind das vor allem Klein- und Mittelständische Unternehmen. Ihre Möglichkeit, auf den internationalen Märkten bestehen zu können, muss gestärkt werden. Wir müssen aufpassen – und da gibt es schon einige Beispiele –, dass dieses Know-how, das wir in diesen Unternehmen aufgebaut haben, nicht von internationalen Konzernen aufgekauft wird, wie das etwa im Fall Repower durch die Übernahme von Suzlon passiert ist. Wir müssen das Interesse haben, diese strategischen Felder in den nächsten Jahren mit deutscher Wertschöpfung, deutscher Forschungs- und Entwicklungspolitik zu sichern. Auch das ist eine der zentralen Aufgaben einer modernen Industriepolitik.

□ Der Staat als Pionier

spw: Welche Rolle hat der Staat hier, wenn nicht allein auf den Markt vertraut werden soll? Welche Chancen siehst Du für staatliches Handeln auf internationaler und nationaler Ebene, dem Klimawandel zu begegnen?

Matthias Machnig: Wer Klimaschutz ernst nimmt und die formulierten Ziele erreichen will, muss sicherstellen, dass es ein neues Verhältnis von Markt und Staat gibt. Märkte aus sich heraus sind nicht in der Lage, längerfristige Ziele wie Klimaschutz oder Innovationspolitik zu verfolgen. Sie sind zu stark auf kurzfristige shareholder-value-Interessen ausgerichtet. Wir brauchen für eine moderne Industriepolitik neue Instrumente, wir brauchen zum Beispiel klare ordnungsrechtliche Maßnahmen wie ich das vorhin für den Automobilsektor genannt habe: klare Festlegungen auf 120 g CO₂/km bis 2012 und dann weiter auf 90-100 g CO₂/km – das sind wichtige Orientierungspunkte für die Märkte.

Zweitens: Wir müssen stärker dazu kommen, dass wir die externen Kosten internalisieren, wie beispielsweise im Klimaschutz mit dem Instrument des Emissionshandels. Wenn wir CO₂ einen Preis geben, erhöhen wir den Innovationsdruck auf Unternehmen. Das wird ihre Investitionsentscheidungen beeinflussen.

Drittens: Wir brauchen darüber hinaus Markteinführungsprogramme. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das rot-grün eingeführt hat, ist beispielsweise so ein Markteinführungsprogramm. Neue Technologien und Energieträger, die noch unter den Bedingungen der fossilen Energie entwickelt werden, haben noch nicht die Möglichkeiten, den Markt zu durchdringen. Erst durch die gesetzlichen Rahmen werden die Möglichkeiten geschaffen, sich am Markt zu etablieren. Den Erfolg will ich nur an einer Zahl beleuchten: Die EEG-Zulage macht etwa 3,2 Mrd. Euro pro Jahr aus, damit wurden Investitionen von rund 9 Mrd. Euro induziert und insgesamt mit der Nutzung Erneuerbarer Energien ein Umsatz von mehr als

23 Mrd. Euro erwirtschaftet. Volkswirtschaftlich hat sich das Konzept also schon lange rentiert.

Der vierte Punkt: Wir brauchen eine strategische Forschungs- und Entwicklungspolitik. Um beispielsweise die Erneuerbaren Energie in das Energiesystem vollständig zu integrieren, brauchen wir moderne Speichertechnologien. Wir speichern ja heute Wärme zum Teil noch wie die alten Römer, indem wir Wasser erhitzen. Es gibt aber bessere und modernere Möglichkeiten der Wärmespeicherung, die dann auch dazu führen, dass sich Erneuerbare Energien weiter etablieren.

Wir brauchen fünftens eine integrierte regionale Strukturpolitik. Die Untersuchungen des Umweltministeriums haben gezeigt, dass es regionale industrielle Cluster für Grüne Märkte gibt. Das muss politisch begleitet werden, um die vorhandenen Potenziale in den nächsten Jahren auch wirklich voll ausschöpfen zu können.

Wir brauchen sechstens auch steuerliche Anreize. Um das ganz klar zu sagen: Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Debatte um die Ökologische Steuerreform.

Alle genannten Elemente müssen zusammen wirken, damit ein Aspekt in das Zentrum gerückt wird: dass wir nämlich die dritte industrielle Revolution nur meistern können durch eine erhebliche Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz.

Da hat der Staat eine Pionier-Funktion und eine Moderatorenfunktion. Er muss in der Lage sein, die wichtigsten Akteure zusammen zu holen. Wir im BMU haben das etwa so gemacht, dass wir ein Green Board gegründet haben, in dem über 30 Vorstände aus Spitzenunternehmen in Deutschland aus den Leitmärkten zusammen mit uns an den Fragen arbeiten: was sind die richtigen Rahmenbedingungen, was sind die richtigen Incentives, um den strukturellen Umbau unserer Industriegesellschaft auf den Weg zu bringen?

spw: In der spw-Debatte zur Industriepolitik wird seit den „53 Thesen“ immer das Leitmotiv „Staat als Pionier“ betont. Dieser Begriff taucht auch bei Dir auf. Was bedeutet für Dich heute, dem Staat eine Pionier-Funktion zuzuweisen? In wie weit knüpfst Du dabei an Diskussionen aus den 1980er/1990er Jahren an?

„**Matthias Machnig:** Ich glaube, dass das Konzept, den Staat als Pionier zu sehen, erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Die 1990er Jahre waren wirtschaftspolitisch eine Zeit neoliberaler Konzepte, also vor allem Deregulierung, Entstaatlichung, Orientierung auf shareholder-value-Perspektiven. Wir erkennen immer mehr, dass diese Form von Politik in vielen Feldern in die Irre führt, weil sie nicht in der Lage ist, Langfristfragen zu beantworten, wie z.B. Klimapolitik und Nachhaltigkeit, Forschung und Entwicklung. Gerade deshalb brauchen wir einen Staat, der wie ein Pionier agiert, nämlich in dem Sinne, dass er einen Rahmen definiert, dass er Märkte erschließt über Rahmenbedingungen, wie ich das an dem Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetz dargestellt habe. Oder der auch strategische Forschungsreserven mobilisiert auf Märkte, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Dafür muss das vorhandene Know-how, müssen entsprechende Produktionsprozesse weiter ausgebildet werden. Das heißt, die Notwendigkeit im Vergleich zu den 1980er Jahren auf Fehlentwicklungen zu reagieren, hat eher zugenommen. Und mit dem Klima-Prozess haben wir einen „Treiber“, der dem Staat eine hohe Verantwortung auf diesen Feldern geben wird.“

Die Herausforderung ist nun, dass wir ein intelligentes Konzept entwickeln, also nicht ein allein etatistisches oder ein allein marktorientiertes. Wir müssen ein integriertes industriepolitisches Leitkonzept konkretisieren, das staatliches Handeln und Markthandeln problemadäquat verbindet. Dem Staat kommt dabei, wie beschrieben, eine größere Rolle zu als in den vergangenen Jahren, sonst sind die wirtschaftspolitischen und ökologischen Ziele nicht zu erreichen.

□ Nachhaltigkeit als Reformprinzip?

spw: In der SPD-Programmdebatte wird gelegentlich gefordert, den Aspekt der Nachhaltigkeit stärker zu positionieren. Wie könnte das Deines Erachtens aussehen?

» **Matthias Machnig:** Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist in der politischen Debatte natürlich ein Schlüsselkonzept für eine ökonomisch-ökologische Entwicklung. Das Problem des Begriffes ist aber, dass er eigentlich keine Trennschärfe hat und keine Zuspitzung bietet. Das ist zumindest mein Problem damit auf der Begriffsebene. Ansonsten halte ich die Ausrichtung für richtig, wenn damit auch gemeint ist, eine industriepolitische Orientierung durchzusetzen, die sich an ökologischen Kriterien und Standards ausrichtet. Man muss nur aufpassen, dass er nicht zu einer Beliebigsformel wird.

Wir müssen außerdem auch Gremien aufbauen, die nicht nur den Namen in der Überschrift tragen, auf die wirklichen Entscheidungen aber keinen Einfluss haben. So ist es etwa dem Nachhaltigkeitsrat gegangen oder dem Green Cabinet der Bundesregierung. Die haben sich zwar gelegentlich getroffen, diskutiert und Stellungnahmen abgegeben, auf die wirklich strategischen Entscheidungen der Wirtschafts- Industrie- und Forschungspolitik hatten sie aber keinen Einfluss. Ich unterstütze also den Begriff, aber er muss konkretisiert werden.

spw: Lieber Matthias Machnig, vielen Dank für dieses Gespräch. ■

↳ Matthias Machnig, ist Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und lebt in Berlin. Er hat Ende der 1980er Jahre im spw-Zusammenhang an den „53 Thesen für einen modernen Sozialismus“ mitdiskutiert und war Anfang der 1990er Jahre Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Das Interview führte Reinhold Rünker.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

**PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates**
2007 - 176 S.
€ 12,00
ISBN 978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

**Benno Teschke
Mythos 1648**
Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
2007 - 307 S. - € 39,90
ISBN 978-3-89691-122-3



**NEU
Band 22**

**Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt**
Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt
2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1

Hafenweg 26a
D - 48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0
Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfbootverlag.de

